



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 13. November 1880.

Nr. 534.

Landtags-Verhandlungen. Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 12. November

Präsident v. Kötter eröffnet die Sitzung
um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Herr Präsident macht Mitteilung von dem gestern
Abend plötzlich erfolgten Ableben des Abg. Beer-
bohm, Vertreter des ersten Königsberger Wahl-
kreises.

Das Haus ehrt das Andenken des Verstor-
benen durch Erheben von den Sitzen.

Am Ministertisch: Vitter, Dr. Friedberg, May-
bach und eine große Anzahl von Regierungs-Kom-
missarien.

Tagesordnung:

Erste Beratung des Etats in Verbindung
mit dem von dem Abg. Richter beantragten Ge-
sehtentwurf auf gezielte Fixierung des Steuer-
erlasses.

(Es sind im Ganzen 17 Redner, nämlich 14
gegen und 3 für zum Worte gemeldet).

Abg. Richter (gegen) verweist zunächst dar-
auf, daß der Gesamtbetrag der neuen Steuern für
das ganze Reich sich auf 240 Millionen beläuft,
was nach Verhältnis der Bevölkerung 150 Mil-
lionen Mark für Preußen ausmache. Diesen 150
Millionen neuer Steuern stehen 78 Millionen Ver-
sicherungen von Steuererlassen gegenüber, das heißt
75 Millionen Mark neuer Steuern sollen dem preu-
ßischen Volke mehr auferlegt werden, als erlassen
werden sollen. Eine so starke Zumuthung hat man
noch niemals an die Steuerkraft des Volkes zu
machen gewagt (Oho! recht!). Freilich, der Herr
Finanzminister hat von den 130 Millionen, welche
bereits bewilligt worden, fast mit keinem Worte ge-
sprochen. Ein Redner hätte glauben müssen, wir
wären noch gar keine neuen Steuern bewilligt, wir
geschäht hat der Herr Finanzminister die Steuerbe-
lastung in seinem Vortrage zurücktreten lassen. Auch
das, was an neuen Steuern noch bewilligt werden
soll, hat er ganz kurz angebeutet. Er hat wohl
die Ziffer der Entlastung wiederholt genannt, aber
nicht die Ziffer der Belastung; nur einmal hat er
sich dazu provozieren lassen; er nannte die Zahl von
hundertfünf Millionen, und dieses Verhältniß des
ganzen Vortrages fehlt merkwürdigerweise in dem
stenographischen Bericht. Redner führt sodann des
Weiteren aus, wie sich die ganze Angelegenheit in
den letzten Jahren seit dem bekannten Briefe des
Fürsten Bismarck entwickelt hat. Er verweist auf
das von ihm verfaßte Flugblatt, in welchem er die
Mehrbelastung auf zweihundert Millionen angegeben
habe, während es sich jetzt um vierzig Millionen
mehr handelt, als er sich damals zu erwähnen er-
laubte. Nach dem Programm des Reichstages
haben Sie 240 Millionen Mark an Steuern zu
erlassen, nicht aber die bereits bewilligten 130 Mil-
lionen gleichsam pro nihilo zu erachten. Die Ver-
sprechungen, die man eingegangen ist, die sollen
nicht erfüllt werden, sondern man will diese Ver-
sprechungen übertragen auf neue Steuern, die noch
erst zu bewilligen sind. Der Herr Finanzminister
rühmt es, daß die Herren Finanzminister in Coburg
alle einig gewesen sind. Daß die Herren darüber
einig sind, neue Steuern entgegen zu nehmen, glaube
ich sehr gerne; im Verlangen von neuen Steuern
sind die Herren Finanzminister stets einig gewesen
(Heiterkeit). Deshalb brauchte der Krieg von 1870
und 1871 nicht geführt zu werden (Aufe rechts: Hui!).
Ich verstehe Sie nicht und Sie scheinen
mich nicht zu verstehen! Allerdings wir, meine
Freunde und ich, haben die neuen Steuern nicht
bewilligt, aber auf die Erfüllung der damals von
der Regierung eingegangenen Verbindlichkeit haben
wir ein Recht. Wie sollten wir dazu kommen, den
Minister von dieser Verbindlichkeit freizusprechen?
Der Herr Finanzminister kann aus dem Ertrage
der neuen Steuern mehr erlassen als 14 Millionen
Mark. Er rühmt ja, daß die Finanzlage sich so
sehr gebessert habe. Allerdings schließt der Etat
in der That mit 34 Millionen Mark mehr ab;
aber wie ist denn die Finanzlage gebessert worden,
doch nur dadurch, daß jetzt mehr Steuern aufge-
bracht werden müssen. Das ist eine Besserung für
Finanzminister, nicht aber für den Haushalt des
Volkes. Ist denn aber die Wirkung der neuen
Steuererträge bereits abgeschossen? Wir haben
den Ertrag der neuen Steuern auf 130 Millionen
Mark geschätzt; in dem Reichs-Etat des laufenden
Jahres ist derselbe auf 70 Millionen veranschlagt
und wird in dem Etat des nächsten Jahres viel-

leicht bis auf 90 Millionen sinken. Ich glaube
indess, daß die künftigen Ergebnisse den Betrag von
130 Millionen eher überschreiten, als hinter dem-
selben zurückbleiben werden. Jedenfalls hat Nie-
mand von uns einen Maßstab dafür, ob die neuen
Steuern nicht 20 bis 30 Millionen Mark mehr
einbringen werden, als angenommen worden ist.
Kann beispielsweise Jemand sagen, daß die Tabak-
steuer nicht noch mehr einbringen wird, sobald die
Tabakvorräte aus den früheren Jahren aufge-
braucht sind? In diesem Augenblick kann man noch
nicht wissen, wie hoch sich die neuen Steuern he-
laufen werden, und doch spricht man schon von der
Gewilligung neuer Steuern. Die Gestaltung des
Haushalts ist überdies nicht abhängig von den
Steuern, sondern von den gesamten wirtschaf-
tlichen Verhältnissen überhaupt. Befinden sich un-
sere wirtschaftlichen Verhältnisse aber in einem
normalen Zustande? Die ungünstige Lage unserer
wirtschaftlichen Zustände ist durchaus noch nicht
überwunden, wir müssen abwarten, wie sich die
Dinge in normalen Verhältnissen entwickeln werden.
Ich bin der Meinung, daß wir überhaupt keine
neuen Steuern brauchen. Wenn die Milliarden-
wirtschaft mehr und mehr zurücktreten wird, wenn
die alten preussischen Grundzüge der Sparbarkeit
wieder mehr zur Geltung kommen werden, dann
wird man auch auskommen ohne neue Steuern,
wenn man sich damit begnügt, die Brantwein-
steuer und die Zuckersteuer zu reformieren. Der
Herr Finanzminister ist es gerade, welcher in einem
Athemzuge die wirtschaftlichen Verhältnisse löst
und gleichzeitig neue Steuern verlangt. Ich bin
der Meinung, daß den 7 mageren Jahren in un-
serem wirtschaftlichen Leben nunmehr allerdings
auch bessere Jahre folgen werden; denn es ist keine
Politik so schlecht, daß sie dies auf die Dauer ver-
hindern könnte. Herr Finanzminister Vitter ist nur
war der Ansicht, daß nicht aus ganz allgemeinen
Gründen sich die Verhältnisse besser gestalten wer-
den, sondern daß diese Besserung der Wirtschaft-
spolitik des Herrn Reichskanzlers zugeschrieben sei.
Wenn dies richtig wäre, nun, dann kann man erst
recht nicht neue Steuern verlangen, dann muß man
doch erst recht die zureichende Wirkung dieser
Wirtschaftspolitik abwarten. Ich bin natürlich
entgegengesetzter Ansicht und ich sehe die Situation
nicht einmal so günstig an, wie im vorigen Jahre;
ich bin sogar der Meinung, daß die neue Wirt-
schaftspolitik die Mittel zur normalen Verhältnisse
wesentlich erschwert. Aber ich bin auch der Mei-
nung, daß sich diese Wirtschaftspolitik auf die
Dauer gar nicht halten kann. Wir befinden uns
gegenwärtig in vieler Beziehung in ähnlichen Ver-
hältnissen, wie zur Zeit der Landratskammer in
den Jahren 1856—57. Auch damals war viel
von neuen Steuern, von Defizit die Rede und als
die Periode überstanden war, fand man überall
Ueberschüsse. Es ist auch eine alte Erfahrung, daß
die Reaktion ihren höchsten Grad erreicht hat, wenn
sie sich für die Wiedereinführung der Prügelstrafe
erwärmt (Große Heiterkeit). Ja etwas Höherem
hat sich die Reaktion auch noch niemals verfliegen.
Die Herren Konservativen thun immer so, als ob
in der Milliardenzeit wir, Herr Richter oder ich,
Finanzminister gewesen wären (Aufe: Nein!); nicht
wir waren es, sondern Sie, die Herren Camphausen
Alles bewilligten. Erst als der Stern des Herrn
Camphausen sich zu verbunkeln begann, da wurden
Sie mit einem Male sehr tapfer und Herr von
Zedlitz versetzte sich sogar zu dem Ausruf: „Noch
in letzter Stunde möchte ich warnen vor einer sol-
chen Finanzpolitik!“ (o. Zedlitz ruft: Das war
meine erste Finanzrede!). Wie kann man es wa-
gen, und diese Kleinigkeit von 14 Millionen Mark
Steuererlass anzubieten? Wie sollen wir dazu kom-
men, auf Grund solcher Versprechungen weitere
110 Millionen Mark zu bewilligen? Ich begreife
nicht, wie man von diesen 14 Millionen ein sol-
ches Gezecke machen kann; ist denn dieser Steuer-
erlass wirklich so erheblich gegenüber der Summe
von 4—500 Millionen Mark, welche in Preußen
an Steuern aufgebracht werden müssen? Durch die
konservative Presse wird die Meinung verbreitet,
als ob wir uns durch die Annahme dieses Steuer-
erlasses zugleich verpflichten, auch die neuen Steuern
zu bewilligen. Diesen Standpunkt weise ich zurück,
es ist das ein unmoralischer Zustand. Wie würde
sich eine solche Politik qualifizieren? Sie würde
unter die Bestimmungen des neuen Bürgergesetzes
fallen müssen (Heiterkeit), denn es wäre das eine

Uebervorteilung des Leichtsinnes, eine Ausbeutung
für Leistungen, die nicht im Einklang stehen zu den
Gegenleistungen. Der Herr Finanzminister hat
allerdings erklärt, die 14 Millionen Steuererlass
folgen aus dem Verwendungsgesetz und daraus
folgt, daß die Annahme des Steuererlasses zu we-
teren Steuerbewilligungen nicht verpflichtet. Jedem
Redner nunmehr zur Begründung seines Antrages
auf Fixierung des Steuererlasses übergeht, bemerkt
er zuvörderst, daß dieser Antrag anfänglich in der
konservativen Presse eine wohlwollende Besprechung
gefunden habe; erst nachdem die „Provinzial-Kor-
respondenz“ denselben für unannehmbar erklärt, hat
der Antrag heftige Anfeindung erfahren. Die De-
putierten erklären, daß gar keine größere Bosheit ge-
gen die Regierung ausgeföhnen werden könne, es
hiesse nach Popularität haschen u. s. w. M. H.!
Es sucht Keiner einen Andern hinterm Strauch,
hinter welchem er nicht selbst gefahren hat! Für
uns war der Antrag selbstverständlich! Der Herr
Finanzminister hatte in seiner ersten Rede ausdrück-
lich gesagt, daß er mit einiger Sparsamkeit und
Vorsicht in der Finanzverwaltung auch in dem
nächsten Jahre die Mittel haben werde, den Steuer-
erlass zu bewilligen. — Warum sollten wir nicht
so freundlich sein und dem Herrn Finanzminister
für seine Sparsamkeit und Vorsicht eine sichere
Stütze geben, damit er seinen Kollegen gegenüber
diese Politik um so sicherer vertreten könne. Man
hat ja die Mehrbelastung dauernd anerkannt; da
entspricht es doch ganz der Natur der Sache, daß
auch die Entlastung eine dauernde werde. Der
Steuererlass, wie er hier vorgeschlagen wird als
einmaliger Erlass, steht auch in so starkem Wider-
spruch mit allem dem, was die Herren Konservativen
und die Herren Minister bisher als ihre Finanz-
politik gekennzeichnet haben, wie er starker nicht ge-
achtet werden kann. Redner erinnert daran, daß
der gegenwärtige Kultusminister v. Puttkamer, frei-
lich als er noch nicht Minister war und vielleicht
nicht einmal daran gedacht hat, es zu werden, er-
klärt hat, es würde ein Stoch ins Herz des mon-
archischen Prinzips sein, wenn der Ertrag aus den
neuen Steuern zu etwas Anderem als zur Ent-
lastung des Volkes von den direkten Steuern ver-
wendet werden sollte; der Herr Dr. Luchius be-
merkte, als er noch nicht Minister war und viel-
leicht noch nicht daran dachte, es zu werden (Hei-
terkeit), er würde dem Ministerium den Vorwurf
der Geisteskrankheit machen müssen, wenn die Er-
träge zu anderen Zwecken als den der Steuer-
entlastung verwendet würden. Das sind allerdings
starke Ausdrücke; man sollte als Abgeordneter al-
lemals solche starke Ausdrücke gebrauchen! (Heiterkeit).
Fürst Bismarck denkt ganz anders darüber. Er
läßt die Herren nach Friedrichsruh kommen und
läßt die Herren Vortrag halten und das nennen
die Herren „kollegialisches Ministerium“. Herr
Vitter hat wohl von klassischer Finanzpolitik ge-
sprochen. Fürst Bismarck hat aber darauf geant-
wortet: ach was, klassisch hin, klassisch her, die
Leacht und die Machtfrage gehen voran. Herr
Vitter wird dann wohl von strengen Grundätzen
gesprochen haben, er hat dann aber nachgegeben
und die Homogenität ist wieder hergestellt (Hei-
terkeit). Had jetzt sehen Sie Herrn Vitter die große
Trommel für neue Steuern schlagen, als wenn er
niemals für klassische Musik geschwärmt hätte
(Große Heiterkeit). — Wir erkennen daraus, daß
das Ministerium doch noch gewissermaßen eine
Macht anerkennen muß, die außerhalb des Mini-
steriums ist, es folgt dem Druck der öffentlichen
Meinung. Sie verlangen die Grundzüge des
vorigen Jahres, Sie können nicht anders. Das
wird uns ermuntern, den Druck noch weiter zu ver-
stärken. Es wird nicht bei den 14 Millionen blei-
ben, wir werden noch viel mehr aus den 130 Mil-
lionen herauspressen, ehe wir neue Steuern bewilligen.
Der Steuererlass soll den Landtag und Reichstag
verpflichten, die Nothwendigkeit der 30 Millionen-
Anleihe und das Budget überhaupt schärfer zu
prüfen. Es muß auf Ersparnisse gesehen werden,
der Reptilienfonds kann und muß abgeschafft wer-
den. Zur Verlesung der Thronreden bedarf es
keines Stellvertreters des Reichskanzlers. Vor
zwei Jahren ist eine Anleihe von 42 Millionen
aufgenommen worden, welche gar nicht notwendig
war, da 60 Millionen Ueberschuß sich ergeben
haben. Vielleicht ist noch etwas von diesen 100
Millionen vorhanden. Man muß nur suchen.
Der neue Etat pro 1881/82 steht voraus, daß

die Matrikularbeiträge nicht erhöht werden. Es
ist deshalb anzunehmen, daß Ersparnisse im Kriegs-
ministerium eintreten werden und dies ist, wenn
man den Versprechungen der Thronrede vertrauen
will, wie dies selbstverständlich ist, mit großer
Freude zu begrüßen. Es hat mich sehr gefreut,
daß der Finanzminister diesmal vom „armen Mann“
gesprochen hat, früher sprach man nur vom so ge-
nannten armen Mann. Aber dieser arme Mann
erhält 6 Pf. pro Monat Steuererlass und wenn
er nur monatlich 1 Liter Petroleum kauft, so be-
zahlt er ebenso viel an Steuer; so verhält es sich
mit Schmalz und Speck. Auch seit dem Jahre
1858 hat man nicht so hohe Roggenpreise gehabt,
wie jetzt. Der arme Mann verdient aber auch
nichts mehr, als früher, es läßt sich aus dem Etat
nachweisen, daß dies nicht der Fall ist. Wenn
der Finanzminister im vorigen Jahre die Einfuhr
der Eier in Berlin als Befestigung der Vermeh-
rung des Wohlstandes bezeichnet, so irrte er in
den Zahlen, weil nach dem Zolle die Deklaration
überhaupt erst in Berlin stattfand. Deshalb ist
der Minister diesmal so vorsichtig, überhaupt keine
Zahlen als Beleg zu bringen. Wegen Irrthum
schützt nur eine längere Beschäftigung mit finan-
ziellen Geschäften. Die Industriellen weisen ent-
schieden einen Rückgang auf. Die Roggenpreise haben
dem Volke nichts genützt, aber auch den Land-
wirthen nicht. Zwar giebt es vernünftige und
unvernünftige Ackerer, beide bekennen aber, daß
ihnen die Zölle nichts genützt haben. Zu den
Unvernünftigen gehört die „Deutsche Landeszeitung“,
welche 25 Prozent Getreidezölle verlangt und er-
klärt, daß ihr die Noth des armen Mannes ganz
gleichgültig sei. Dem Steuerzahler bleibt es nur,
daß ihm überhaupt Steuer nachgelassen wird
und zwar prinzipiell, nicht auf dem Umwege
durch die Kommunalsteuer. Ich halte es über-
haupt für einen Fehler, daß der höchste Steuer-
prozentfuß schon bei kleinem Einkommen erhoben
wird. Ich bin für die progressive Steuer im Ein-
verständnis mit den Konservativen und ich empfehle
dem Herrn Finanzminister, diese progressive Einkom-
menssteuer in die Steuerreform überhaupt aufzuneh-
men. Die Beamten müßten zwar nicht steuerfrei
werden, wohl aber nicht mit ihrem vollen Einkom-
men eingeschätzt werden. Auch die Gewerbesteuer ist
reformbedürftig, besonders für den Handwerksstand,
weshalb die Konservativen dafür eintreten. Dem
Realbesitz kann durch Verminderung der Gebäude-
steuer genützt werden, nicht durch Ueberweisung an
die Kommunen, dagegen ist der Erlass oder die Er-
mäßigung der Grundsteuer eine sozial-aristokratische,
verwerfliche Maßregel. Die Gebäudesteuer, welche
erst 1880 erhöht ist, müsse von 4 auf 3 Prozent
ermäßigt sein. Die Kommunen haben aber von
der ganzen geplanten Ueberweisung äußerst wenig
Borthell. Die Städte würden circa 10 Millionen
erhalten, also durchschnittlich 12 Prozent. Für
einzelne Städte mache es noch weniger, 3 U für
Hagen 8 Prozent. Da aber die Gebäudesteuer in
diesem Jahre um 5 Millionen erhöht ist, so bekom-
men die Städte nur 5 Millionen, und das ist nun
die ganze so sehr gepriesene Steuerreform für die
Städte. In den Dörfern zahlen die Bauern mehr
Personensteuern als die Großgrundbesitzer, deshalb
müßten diese Ueberweisung weniger als den
Gutsbesitzern. Auch darf die Ueberweisung nicht an
die Kreise, sondern an die einzelnen Gemeindefür-
sinden. Für die Schulen soll lieber etwas ge-
than werden, doch dafür hat der Minister nicht ein-
mal gute Worte, eher Vorwürfe für die Lehrer,
deshalb muß über die Verwendung der Gelder feste
Bestimmung getroffen werden. Da die Steuern die
einzige Einnahme des Staates sind, so muß der
Steuerzahler auf der einen Seite zahlen, was
er auf der anderen Seite erhält. Es wachsen die
Anforderungen mit den Versprechungen und in glei-
chem Maße wächst die Anleihe im Volke. Große
Klagen erheben sich über die Verstaatlichung der
Eisenbahnen. Auch bei den Unglücksfällen sind die
Staatsbahnen in sehr starkem, ja überwiegendem
Maße betheilig; daran dürfte die Verminderung
des Beamtenpersonals und die schlechte Material-
erneuerung Schuld sein. Die Beamten stehen
schlecht, trotzdem ihnen Fürst Bismarck große Ver-
sprechungen gemacht hat. Allerdings verspricht Fürst
Bismarck viel zu viel und vergißt dann leicht, aber
solche Beamten vergessen das nicht. Der so sehr
ausgesprochene Ueberschuß von 3 $\frac{1}{2}$ Millionen in die-
sem Etat resultirt meist von den Gewinn-Vorträgen

Privatbahnen, als sie noch nicht im Staats-
eigenthum waren. Der Erneuerungsfond hat 2,360,000
Mark erspart. Den 16 Millionen Gewinn aus
dem Eisenbahnbetrieb sehen 12 1/2 Millionen Mehr-
einzinsen entgegen, allerdings nicht im Eisenbahnetat.
Dem rechtlichen Ueberschuss von 3 1/2 Millionen ste-
hen diesmal 8 Millionen Minderausgaben für den
Erneuerungsfond gegenüber. Der Minister hat diese
Zahlen verschwiegen, wahrscheinlich hat er sie nicht
gefunden. Der Garantiefond würde dem Eisen-
bahnamt nur eine größere Selbstständigkeit dem
Finanzminister gegenüber gewähren. Den Eisenbahn-
Verkaufslösungen muß eine Grenze gezogen werden.
Die Privatunternehmung würde dann wieder wach-
sen; die ganze Finanzpolitik erzeugt durch immer
neue Projekte die Verunsicherung. Die Brauereier-
steuer eher erniedrigt, als erhöht werden. Eine Schmach ist
es aber, daß die Tabakbesteuerung zu Tode gehebt
wird. Eine Million Menschen werden durch diese
schwankende Projektmacherei geschädigt, daher die
Auswanderung. Das Vertrauen fehlt im Lande
durch die ewige Projektmacherei des Reichskanzlers
und wenn Sie, meine Herren, wirklich konservative
Männer und nicht nur eine gouvernementale Partei
wären, würden Sie solchen Plänen entgegengetreten,
welche mehr zerstören, als erhalten wirken. (Un-
ruhe, Lärm und Rufen rechts, wiederholter Beifall
links.)

Abg. v. Heyden. Er wolle nicht sprechen
wie in einer Volksversammlung, sondern nur zum
Etat. Das Vertrauen wird wiederkehren, wenn ge-
rade die Bestrebungen der Fortschrittspartei zur Be-
ruhigung aufhöhen. Redner will nachweisen, daß
die Verhältnisse sich gebessert haben und zwar an
der Hand der Zahlen der erhöhten Einkommensteuer
und der Lebens-Versicherungs-Polizen. Ueber den
Etat lasse sich schwer sprechen, bevor nicht der
Reichsetat verfaßt sei. Dem Steuererlaß werden
wir uns nicht widersetzen. Bei Gelegenheit des
Eingehens auf Einzelheiten betont Redner, daß die
höhen Gerichtskosten manchmal einer Rechtsverwei-
gerung gleichkommen, und daß seine Partei deshalb
jeden Schritt dagegen unterlassen würde, selbst auf
die Gefahr hin, daß die Reichseinkommensteuern
verringert würden. Der Dispositionsfond zur Un-
terstützung der Wittwen und Waisen der Beamten
hätte höher angelegt werden müssen, auch sei zu
bedauern, daß die Verwaltungsbeamten im Gehalt
nicht den Gerichtsbeamten gleichgestellt seien. Ueber-
haupt ließen sich in dem Etat an vielen Stellen
Mehrausgaben einstellen. Er schlägt vor, das Or-
dinamentum im Plenum zu behandeln, dagegen das
Extraordinarium der Budget-Kommission zu über-
weisen. Schon jetzt könne er sagen, daß seine
Partei sich den Anforderungen gegenüber, welche für
den Ausbau der Wasserstraßen gemacht sind, abste-
hend verhalten wird. Zur Frage der Steuerreform
erklärt Redner, daß der Abg. Richter immer ver-
langt habe, daß das Reich Mehrausgaben ver-
langt habe und daß nun die zufälligen Einkünfte
verzehrt wurden, ohne Reserven anzulegen. Redner
fährt damit fort, daß er noch einmal die Verunsie-
herung der Wohlhabenden in die Schuhe schiebt, die
sich den wahlverlegten Steuerreformen entgegen-
setzen. Die konservative Partei sei bereit, ein
neues Steuererlaßgesetz auf Grund der neu zu be-
willigenden Steuern zu beraten. Sie wolle für
die Vorfälle eintreten, ebenso wie für eine
Erhöhung der Branntweinsteuer gleichzeitig mit
der Erhöhung der Brauereiersteuer. Der Branntwein
solle besteuert werden in dem Moment, wo das
Produkt vom Produzenten an den Konsumanten
übergeht. Auch den Tabak halten sie noch für be-
steuerungsfähig, sie stimmen einer Aufhebung der
ganzen Klassensteuer, aber einzelner Klassen zu. Die
Ueberweisung der Gebäudesteuer sei eine Erfindung
der Fortschrittspartei, hätte aber das Verlangen
nach Ueberweisung der Grundsteuer hervorgerufen.
Den Steuererlaß lasse seine Partei derartig auf,
daß man dadurch seine Zustimmung zu der Abrei-
gung gegen die ganze Steuerreform ausspreche.
Auf den Richter'schen Antrag könne die Rechte nicht
eingehen, weil man dadurch den Boden des Ver-
einbarungsgesetzes verlasse und weil derselbe weit über
die Regierungsvorstellungen hinaus gehe und weil da-
durch möglicherweise die Ueberweisung der Grund-
und Gebäudesteuer weiter hinausgeschoben würde.
Die Konservativen wünschen, daß der Eisenbahn-
etat einer besonderen Kommission überwiesen würde.
Die Eisenbahnen sollen keine merkende Ruh für den
Staat sein, sondern vor Allem ein Verkehrsmittel.
Er beantrage, den Etat der indirekten Steuern und
der Eisenbahnverwaltung, sowie das Extraordina-
rium der Budgetkommission zu überweisen, alles
übrige im Plenum zu verhandeln.

Hierauf wird ein Verlagsantrag ange-
nommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen De-
batte.
Schluß 2 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 12. November. Vom Kultusminister
hat, wie die „Niederschles. Ztg.“ hört, Stadtrath
von Schandorff in Götting die Aufforderung er-
halten, sich den beiden Regierungskommissionen, den
Geheimen Ober-Regierungsräthen Schneider und
Lüders, auf ihrer Reise nach Dänemark und
Schweden anzuschließen, um sich durch eigene Wahr-
nehmung Kenntnis von dem durch den Rittmeister
von Rauffon-Raas in den vorigen Schulen einge-
richteten Handarbeits-Unterricht und den damit er-
zielten Resultaten zu verschaffen. Stadtrath von
Schandorff hat dieser Aufforderung Folge ge-
leistet und sich nach Berlin begeben, von wo am
12. d. M. die Abreise nach Kopenhagen erfolgt.
Von dort aus werden die Schulen auf Seeland be-
sucht werden, dann geht es nach Stockholm, Upsala
und Göteborg, von wo der Rückweg nach Jütland
und Fünen genommen wird. Die Reise wird 2—3
Wochen dauern.

Die Londoner „A. A. C.“ schreibt: „Auf
der Staatsreise in Portsmouth ist ein Befehl der
Admiralität eingegangen, die künftige Dampfschiff-
„Victoria und Albert“ für einen Spezialdienst in
Verbindung mit der Insel zu setzen. In amtlichen Kreisen ver-
knüpft man diese Instruktion mit einer Absicht der
Königin, der bevorstehenden Vermählung ihres En-
kels, des Prinzen Wilhelm von Preußen, mit der
Prinzessin Victoria von Schleswig-Holstein zu Ber-
lin in Person beizuwohnen.“

Ungarn.

Agram, 11. November. Man schätzt den
durch das Erdbeben verursachten Schaden approxi-
matio auf drei Millionen Gulden, abgesehen von
dem unberechenbaren Schaden, den die Kirchen er-
litten. Die Reparatur der Domkirche dürfte meh-
rere Jahre in Anspruch nehmen. Der Richter-
kammer der „Agramer Zeitung“, der die Domkirche
mit Lebensgefahr beschäftigt, giebt folgende Schilder-
ung des Zustandes derselben:

Das Nebengewölbe über dem Sanktuarium ist
bis beinahe über dem Kommunionstisch herabge-
stürzt. Der kunstvolle Hochaltar, der Stuhl des
Erzbischofs und die Chorstühle liegen zerstückelt
unter dem viele Meter hohen Schutte. Die hohen
Fenster des Sanktuariums mit ihren schönen Glas-
malereien haben verhältnismäßig wenig gelitten.
Ein Pfeiler des Triumphbogens, des Arcus trium-
phalis, ist in der Mitte nach einwärts gebogen,
und dürfte die Abweichung von der geraden Linie
über 6 Zoll betragen. Beim Durchgang des Haupt-
schiffes ist das Gewölbe herabgestürzt. Ein hori-
zontaler, steinerner Strebebogen hat im Sturze das
Gewölbe einer Gruft durchgeschlagen, die anderen
Strebebogen sind fast alle gelodert. Bei dem Be-
ginn des Erdbebens celebrierten gerade der Dom-
herr Radl und noch ein anderer Priester an zwei
Seitenaltären stille Messen. Plötzlich verfinsterte sich
die Luft, ein furchtbares Krachen wurde vernommen,
und dicke Staubwolken erfüllten die Kirche. Zum
Glück gelang es beiden Geistlichen sich unverletzt in
die Sakristei zu flüchten. Erst nachmittags konnte
sich der Dombaumeister Bolle über den im Inneren
der Kirche angerichteten Schaden vergewissern. Die
Reparaturen am Aeusseren der Domkirche haben
Stand gehalten, nur der renovirte Siegenthurm
wurde an dem oberen Theile über dem Hauptge-
simse um seine Achse gedreht, und soll die Abwei-
chung gegen zwei Zoll betragen.

Von den Verunglückten wurde Lithograph
Stanic tot in das Spital der Barnherzigen über-
tragen. Einem gewissen Smela wurden vier Kno-
chenstücke aus dem Becken entnommen. Fünf Perso-
nen erlitten Knochenbrüche oder Verrenkungen, fünf
andere schwere Kontusionen. Auf sämtlichen Sta-
tionen der Agram-Zybaner Strecke wurden größere
oder kleinere Schäden konstatirt.

In der letzten Landtags-Sitzung theilte der
Präsident mit, daß der Kaiser 10,000 Fl. gespendet
hat. Das Irrenhaus in Stenjevec und die Straf-
anstalt in Soglava wurden arg beschädigt. Die
Schlösser Keresztes, Helena und Paulovic sind
schuttbauend. Auf dem Lande bei Agram und
Zagorica sind die meisten Kirchen, Schul- und
Pfarrhäuser in hässlichem Zustande. In Folge
Mangels an Arbeitskräften hat sich der Bauus an
den Kaiser mit der Bitte gewendet, eine Gentekom-
pagne nach Agram dirigiren zu lassen.

Provinzielles.

Stettin, 13. November. Das künftige Ober-
präsidium der Provinz Pommern hat dem hanti-
schen Central-Verein für Thierzucht und Thierheilkunde
zu Greifswald die erbetene Erlaubnis zur Ver-
anstaltung einer Verlosung von edlen Geflügel,
Zier- und Singvögeln, Fischen und anderen Gegen-
ständen bei Gelegenheit der in den Tagen vom 11.
bis 13. März 1881 beabsichtigten Vogel- und
Geflügel-Ausstellung für den Umfang der Provinz
Pommern ertheilt. Die Zahl der Loose ist auf
6000, der Preis derselben auf je 50 Pf. festgesetzt
worden.

In der Nacht vom 9. zum 10. d. Mts.
wurde die Gefellenstraße bei dem Bäckermeister Krüger
auf der Chausseestraße in Zülchow erbrochen und
daraus verschiedene den Gefellen gehörige Kleidungs-
stücke im Gesamtwerthe von ca. 120 Mark ge-
stohlen. Die Recherchen nach den Dieben resp.
nach den gestohlenen Gegenständen sind bisher ohne
Erfolg geblieben.

In der heutigen Sitzung der Straflam-
mer des hiesigen Landgerichts kam eine Anklage we-
gen Betrugsgeschens gegen den Chefredakteur der hier
erscheinenden „Düsseler-Zeitung“ zur Verhandlung.
In Nr. 238 vom 25. Mai d. Js. brachte die ge-
nannte Zeitung einen Korrespondenz-Artikel „Aus
Schlesien“, in welchem eine Stelle enthalten war,
durch die sich der Minister der öffentlichen Arbeiten belei-
digt fühlte und den Strafantrag gegen den Chefredak-
teur stellte, weil in dem Artikel dem Ministerium der
Bauwesen gemacht werde, daß dasselbe bei Privatbahnen
nicht mit derselben Unparteilichkeit vorgehe als bei
Staatsbahnen. Herr Dr. Wolff, welcher sich wei-
gerete, den Verfasser des betreffenden Artikels zu
nennen, übernahm, trotzdem er an dem Tage, wo
der Artikel in Druck gegeben wurde, verreisert gewe-
sen sein will, die Verantwortung. Er findet je-
doch in demselben keine Beleidigung, auch könne
der Verfasser des Artikels keine beleidigende Ab-
sicht gehabt haben. Nach einem längeren Plä-
doyer des als Vertbeiliger fungirenden Herrn Ju-
stizraths Wendtlandt erkannte der Gerichtshof auf
Freisprechung.

Die Wittve Erdmann hatte gegen ihre To-
chter, die verehel. Maurer Theresie Michalis,
und deren Ehemann Joh. Carl Fr. Michalis
zu Törney eine Forderung eingeklagt und als diese,
trotzdem sie verurtheilt wurden, nicht zahlten, wurde
ihnen der Pfandpfandbesitz zugesprochen, den sie
auch am 8. Februar v. J. vor dem hiesigen
Amtsgericht leisteten. Später stellte sich jedoch her-
aus, daß die beiden Eheleute noch bei einer dritten
Person verschiedene Möbel in Verwahrung hatten,
die sie als Pfand für eine Schuld gegeben hatten.
Da sie angaben, daß sie geglaubt hätten, die
Sachen wären bereits verfallen, wurde gegen sie
wegen fahrlässigen Meineides die Untersuchung er-
öffnet und hatten sich beide Ehegatten deshalb
heute zu verantworten. Es wurde gegen jeden der
Angeschuligten auf 2 Monate Gefängnis erkannt.

Stargard, 12. November. Der Auftrieb auf
dem heutigen Vieh- und Pferdemarkt war gegen den
letzten Markt ein bedeutend geringerer, wobei die
schlechte Witterung wohl wesentlich beigetragen hat.
Obwohl die Preise ziemlich gedrückt, war in Vieh
doch lebhafter Handel. Milchfühe erzielten einen
Preis von 150—180 M., Fettevieh 150—270 M.
Bei Pferden fanden Hehlen den meisten Absatz.
Auch wurden ca. 60 alte Pferde von verschiedenen
Schafschreibern angekauft.

Greifswalder Die, 11. Novbr. Der Ver-
kehr im hiesigen Fischereifischhafen ist im abge-
laufenen Monat wesentlich geringer geworden, wie
in den früheren Monaten, wobei wohl die vielfach
kürzliche Witterung Veranlassung gegeben hat. Es
frequentierte den Hafen 491 Fischerboote, 12 Stein-
boote, 5 Inselboote und 3 Handelsboote, im Gan-
zen 511 Fahrzeuge mit einer Besatzung von 1365
Köpfen. Der durchschnittliche Tagesverkehr belief
sich auf 17 Fahrzeuge mit 46 Mann. Der größte
Verkehr war am 5. Oktober mit 106 Fahrzeugen
und 245 Mann; der geringste am 24. Oktober,
an welchem Tage kein Fahrzeug im Hafen sich
befand.

Nach der dreimal täglich stattgehabten Noti-
rung der Windrichtung wehte es aus N. 7, NO.
8, D. 8, SO. 11, S. 6, SW. 11, W. 23
und NW. 19 Mal; vorherrschend war also die
westliche Richtung.

Der Wasserstand erreichte seine größte Höhe
am 21. Oktober Mittags, als ein Orkan aus N.
und NW. wehte, mit + 26 über den mittleren
Stand; der niedrigste Wasserstand war am 31.
früh mit — 14 bei starkem Winde aus Westen.
Die durchschnittliche Abweichung gegen den mittleren
Wasserstand war im Oktober + 3.

§ Zempelburg, 11. November. Heute er-
löste die uns Feueralarm. Holz, auf dem Ofen ge-
troden, geriet in Abwesenheit der betreffenden Ein-
wohner in Brand und jündete bald verschiedene
andere Objekte an. Die Flammen wurden bewäl-
tigt und weiterem Unglücke vorgebeugt. Es fragt
sich hierbei, ob mit demselben Eifer Rettung erfolgt
wäre, wenn die bezüglichen Versicherungsgesellschaften
nicht schon im vorigen Jahre hier so gründlich auf-
geräumt und namentlich nicht diejenigen Policen-
inhaber aufgefunden gemacht hätten, welche nur im
Besitze weniger Lumpen, in auffallendster Höhe ver-
sichert waren.

Unser Marktmarkt war in diesem Jahre
stärker besucht, als man dieses bei dem bekannten
Nothstande unserer ländlichen Verhältnisse voraus-
setzen können. Handwerker und Kaufleute machten
die besten Geschäfte. Auch der gleichzeitige, hier
so genannte Menschenmarkt, das Gesinde betreffend,
war stark besucht. Einem hiesigen Kaufmann, In-
haber eines Konfektionsgeschäfts, erging es am ob-
gen Jahrmarschtag sehr schlecht: derselbe hatte
einem Bauern einen theuren Damenmantel verkauft,
das Geld dafür eingestrichen und dem Käufer, der
nicht Acht gab, einen Plunder dafür eingebekelt.
Der Bauer prägte aber das Volumen und verschle-
te dem weissen Herrn einen solchen Hieb mit seinem
Knotenstock über das Kreuz, daß dieser sofort zu
Boden stürzte. Schließlich fand sich auch der ur-
prünglich gekaufte Mantel, welcher „aus Versehen“
verkauft war. Der Kaufmann, an dessen Reclä-
mation wir nicht zweifeln, hatte dabei den Schaden,
daß ihm einige Duzend seiner Keller zertrümmert
wurden und eine Masse Käufer, die behandelten,
aber noch nicht bezahlten Waaren in den Händen,
während des Ständels sich aus dem Staube mach-
ten und nach der Affaire sein Laden leer von Men-
schen war.

Hermesdres.

Noch eine hübsche kleine Episode von dem
Besuch der fünfhundert Deutschen bei General Gar-
field, dem voraussichtlichen Präsidenten der Verei-
nigten Staaten: Nach General Garfields Rede
wurden sämtliche Theilnehmer an der Exkursion
vorgestellt. Unter den Anwesenden befand sich auch
ein Regier. General Garfield war einigermaßen
erstaunt, einen holländischen Mann mit
Wollhaar und dem unverkennbaren Typus Ethiopians
herantreten zu sehen. Als General Garfield den
Schwarzen mit einem verwunderten „Hallo! Sam,
wie kommst Du in diese Gesellschaft?“ begrüßte,
erwiderte der Gefragte ganz munter: „D, I bin
ein goder Medlenburger.“ Und so war es auch.
Der Schwarze war in Medlenburg geboren und ist
ein naturalisierter Bürger.

Adelina Patti will ihr Schloß in Wales
nicht verkaufen, weil die Bauern ihrem Mooslin
die Hasen weggeschleichen, wie von Wiener Blättern
behaupet wurde, sondern weil man ihr angedeutet,
daß sie als englische Unterthanin und Grundbe-
sitzerin forsan nicht nur von ihren englischen Ho-
noraren Einkommensteuer zu entrichten habe, son-
dern auch von den im Auslande verdienten. Daran
hatte sie nicht gedacht, als sie sich in England an-
kaufte und das Bürgerrecht erwarb. Die englische
Einkommensteuer ist nicht gering u. d. der dem Staate

zufallende Antheil an dem enormen Einkommen d.
Patti würde schon ein hübsches Sämmchen jährlich
ausgemacht haben.

Literarisches.

Unsere Musikklassiker. Fändel, Bach, Gluck,
Haydn, Mozart, Beethoven. Sechs biographische
Lebensbilder von Elise Polko. Mit 6 Portraits.
Leipzig, Schmidt und Günther.

Schöne Lebensbilder nur bilden den Inhalt
dieses Buches, aber warme Begeisterung hat bei
ihrer Zeichnung die Feder geführt. Sie sind zu-
nächst für jenen Leserkreis bestimmt, der sich mehr
für die Urheber musikalischer Schöpfungen, für den
eigentlichen Lebensweg unserer großen Meister in-
teressirt, als für die kritische Analyse ihrer Werke.
Es sind wirklich anmuthige Biographien unserer
Musikklassiker, die gewiß bald viele Freunde finden
werden; die gut ausgeführten lebendigen Portraits
sind eine hübsche Zugabe. Die Ausstattung ist
elegant, der Preis von 2 Mark ist für dieses hübsche
Buch ein sehr billiger. [237]

Steffens Volkskalendar, seit langen Jahren
in vielen Tausenden deutscher Familien ein lieber
treuer Hausfreund, verdient es — als einundvier-
zigster Jahrgang, 1881 — sich neue Freunde zu
erwerben. Der liebenswürdige Herrmann Klette
liefert feinsinnige Gedichte, Arnold Wellmer, E. M.
Bacano und Neumann-Strela stimmungsvolle Er-
zählungen. Dazu eine Fülle interessanter und nüt-
zlicher Artikel und praktischer Winke aus Vergan-
genheit und Gegenwart, Gesundheitslehren von Dr.
Wils. Binder, Hausmütterliches von Beate Stef-
fens, ein Märchen von der Großmutter, neueste
Erfindungen und Recepte, eine freimüthige Umschau
in der Welt und Daphim von Vater Steffens, der
manchem alten Schaden im Staat und im Hause
mannhaft zu Leibe geht — und eine elegante Aus-
stattung mit zahlreichen schönen Holzschnitten: dies
Alles berechtigt uns, den neuen Jahrgang von
Steffens Volkskalendar unsern Lesern besonders warm
zu empfehlen. [239]

Viehmarkt.

Berlin, 12. November. Es standen zum Ver-
kauf: 156 Rinder, 480 Schweine, 785 Kälber,
165 Hammel.

Der Umsatz in Rindvieh, Schweinen und Ham-
meln war so geringfügig, daß von einer Prelenotiz
Abstand genommen werden mußte.

Kälber wurden zwar zum größten Theil ge-
räumt, indessen war das Geschäft ein so flaches und
gedrücktes, daß der Preis für beste Waare nicht
mehr wie 50, der für Mittelwaare nicht mehr wie
40—45 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht betrug.
Ganz kleine Kälber und sogenannte Fresser wurden
gar nicht beachtet.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 12. November. Meldungen der „Vol.
Korresp.“:

Aus Petersburg: Die Reform der obersten
russischen Verwaltungskreise ist bereit geplant, daß
die Anzahl der eigentlichen Ministerien auf vier re-
duzirt wird, und zwar: Inneres, Aeußeres, Krieg,
Finanzen; die übrigen Verwaltungskreise würden
den genannten vier Ministerien subordinirt. In-
neres erhielten Voris-Melkoff, Krieg General Mi-
jutin, Finanzen Staatsrath Abaza, Aeußeres bliebe
zunächst unbesetzt, weil der Czar dessen Geschäfte
persönlich leiten will. Nominell fungire Giero.
Zwischen Melkoff und Balujew herrschte die alte
Eifersucht, Balujew würde nachgeben und den ent-
scheidenden Einfluß Melkoffs schließlich anerkennen.

Paris, 12. November. Die gestrige Aufre-
gung über die Ereignisse in der Kammer vibriert
in allen Kreisen fort. Heute früh 11 Uhr wurde
Baudry d'Asson bedingungslos aus seiner Haft
entlassen.

Die Börse und die Finanz-Aristokratie sind im
besten Grade über den Zwischenfall verstimmt.
Der Senatspräsident, von dieser Stimmung benach-
richtigt, hat den Präsidenten Grevy davon verstan-
digt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß während
der gestrigen Debatte in der Kammer Freycinet im
Elysee verweilte. Im Senat wird in einer der
nächsten Sitzungen die Forderung auf Veranlassung
einer parlamentarischen Enquete gegen den Minister
Constans auf Grund der Enthüllungen im Prozeß
Arboulet in Toulouse eingebracht werden.

General Essey erhielt gestern eine Art Ova-
tion des Senats von Seiten der militärischen Mit-
glieder desselben.

Heute Nachmittag wurde einem Briefträger ein
Büchel mit 600,000 Franken entwendet, der Thäter
ist spurlos verschwunden.

Paris, 12. November. Das Gelbbuch wird
in den Kammern gegen den 20. d. Mts. zur Ver-
theilung gelangen. Die Berathung der Interpel-
lation über die auswärtige Politik der Regierung
wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet,
im Senat etwa am 25. d. M. stattfinden.

London, 12. November. (Berl. Tgl.) Vor-
läufig legten die Minister Chamberlain und Bright
im Kabinet mit der Ansicht, daß das Parlament
noch nicht einzuberufen sei, um die Suspension
der Habeas-Corpus-Akte für Irland zu bewilligen.
Die Berichte über die Eskortirung der orangisti-
schen Arbeiter beweisen die ungeheure Aufregung
in jenem Theile Irlands zwischen Claremorris
und Ballinrobe. Auf einer kleinen Strecke sind
jetzt 7000 Soldaten und Polizisten vereinigt. Das
Volk droht offen, von den Dranghsten bürste keiner
lebendig zurückkehren und diese können sich nur un-
ter dem Schutze einer doppelten Reihe von Bayo-
netten bewegen. Selbst zwei Kanonen begleiteten die
Arbeiter. Ganz Mayo steht aus wie ein Feldlager.
Die gesammte radikale englische Presse warnt die
Regierung vor der Aufhebung der Habeas-Corpus-
Akte.